

tung der Katholischen Aktion Italiens scheint mehr denn je entschlossen, sich auf den Bereich der religiösen Sendung, d. h. auf die religiöse Formung ihrer Mitglieder, zurückzuziehen (vgl. dazu den jüngsten Briefwechsel zwischen der Italienischen Bischofskonferenz und der Leitung der Katholischen Aktion in Il Regno, 15.3.76, S. 97ff.). Im französischen Fall muß sich zwar die Kirche von Bewegungen distanzieren, wo die politische Intention eindeutig die religiöse überlagert,

sie kann aber nicht auf solche Bewegungen verzichten, weil sie die einzige, wenn auch numerisch sehr geringe kirchliche Präsenz in weiten Schichten der Bevölkerung sind. Im italienischen Fall zieht sich eine Katholische Aktion, die unter dem Vorwurf steht, lange der klerikale Arm der Democrazia Cristiana gewesen zu sein, ziemlich entschieden in den religiösen Raum zurück, während die Bischöfe zu mehr politischem Bekenntnis aus religiöser Überzeugung drängen. J. P.

lichen und die Alten seien frustriert durch ein Gefühl der Entmutigung und Machtlosigkeit. Dadurch gingen viel menschliches Engagement, Talent und Idealismus verloren, die für den sozialen und nationalen Fortschritt so dringend benötigt würden.

In dem Dokument wird eindringlich davor gewarnt, sich diesem als Protest oder Eingeständnis der Unsicherheit gemeinten Trend anzuschließen und den Wahlboykott als Ausweg zu deklarieren. Statt dessen werden alle Bürger aufgerufen, sich in die Wahllisten eintragen zu lassen, über die anstehenden Probleme und Themen zu informieren, bei der Partei oder Kampagne ihrer Wahl zu engagieren und frei nach ihrem Gewissen zu wählen, „in einem Wort: sich voll und ganz in dieser kritischen Arena der Politik zu betätigen, in der nationale Entscheidungen getroffen werden“. Aber es sei nicht Aufgabe der Bischöfe, besondere Kandidaten herauszustellen und zu empfehlen. Eindeutig erklärten sie, sie suchten „nicht die Bildung eines religiösen Stimmblocks“ (NCNS, 13.2.76).

In alphabetischer Reihenfolge präsentieren sie jedoch Stellungnahmen der Bischofskonferenz zu „einigen Themen, von denen wir glauben, daß sie im Mittelpunkt der nationalen Debatte stehen werden“. Es sind dies: Abtreibung, Wirtschaft, Erziehung, Ernährungspolitik, Wohnprobleme, Menschenrechte, Außenpolitik, Massenmedien und Militärausgaben. Die Rolle der Kirche im politischen Bereich und besonders bei diesen Problembereichen wird sorgfältig unter Hinzuziehung päpstlicher Äußerungen und römischer Dokumente beschrieben, nicht zuletzt deshalb, weil die Bemühungen der Kirche auf diesem Gebiet „leider ... manchmal mißverstanden werden“. Demnach hat die Kirche sich für die Achtung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit einzusetzen. Diese Aufgabe verlange von ihr, „positive Beziehungen zur politischen Ordnung herzustellen, da soziale Ungerechtigkeit und die Verweigerung der Menschenrechte oft nur durch regierungsamtliche Aktionen beseitigt werden können“. Der

## Kirche der USA im Vorfeld der Wahlen

Früher als sonst üblich sind die für Herbst dieses Jahres angesetzten Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten in ein Stadium harter politischer Auseinandersetzungen getreten. Zwar sind die Runden der Vorwahlen noch nicht abgeschlossen, doch das Interesse an den Kandidaten und ihrer voraussichtlichen Politik ist größer als noch vor vier Jahren. Die spürbare soziale Unsicherheit (vgl. HK, April 1976, 183ff.) dürfte dazu ebenso beigetragen haben wie die offensichtliche außenpolitische Konzeptionslosigkeit seit dem Indochina-Debakel. Da man – wie *Russel Baker*, Kolumnist der „New York Times“, kürzlich feststellte – ohnehin davon ausgehen kann, daß im November „40 Prozent der amerikanischen Bevölkerung einen von zwei weißen männlichen Christen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wählen“ werden, wollen die Wähler doch wenigstens stärker bei der Auswahl der Kandidaten mitwirken. Besonders seitens christlicher Gruppen und Kirchen hat man diesmal ein besonderes Augenmerk auf die Kandidaten und ihre Ansichten zu einer Vielfalt aktueller Themen gerichtet. Erstmals haben sich zudem die Bischöfe der USA zu einer gemeinsamen Erklärung anlässlich der Wahlen entschlossen.

### Schwerpunkte der Debatte

Das vom „Administrative Board of the U.S. Catholic Conference“, dem

höchsten Gremium innerhalb der US-Bischofskonferenz, herausgegebene Dokument trägt den Titel: „Politische Verantwortung: Reflexionen zu einem Wahljahr“ (vgl. NCNS, 13.2.76). Gerade die Wahlen in dem Gedenkjahr anlässlich der Gründung der Vereinigten Staaten vor 200 Jahren sollten nach Meinung der Bischöfe Anlaß für alle Amerikaner sein, sich der Grundlagen der amerikanischen Demokratie bewußt zu werden und die Wahlen als Test für das Funktionieren dieser Demokratie zu betrachten. Dahinter steht die Sorge, daß immer mehr US-Bürger die „politischen Institutionen und Wahlverfahren mit Indifferenz und sogar Mißtrauen“ betrachten. Als Beispiele nennen sie eine Wahlbeteiligung von nur 36% bei den nationalen Kongresswahlen vor zwei Jahren (1962 waren es noch 46%) und die knapp 50% bei den Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren (gegenüber immerhin 63% im Jahre 1960). Dieser Trend und die daraus abzulesende Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten müsse unbedingt beendet werden. Grundsätzlich stellen die Bischöfe fest, daß wegen des offensichtlichen Machtmißbrauchs, wegen fehlender Zuverlässigkeit und mangelnder Berücksichtigung der wahren Probleme des einzelnen durch die Regierung Apathie und mangelndes Vertrauen in das Verantwortungsbewußtsein der politischen Entscheidungsträger stark gefördert worden seien. Nicht nur die Armen, sondern in jüngster Zeit besonders die Jugend-

Standpunkt der Kirche müsse „umfassend und konsequent“ sein sowie mit Kompetenz und unter Berücksichtigung der Komplexität der Themen vorgetragen werden. Eigentliches Ziel der Kirche als Institution müsse es sein, das Verständnis von der „bedeutenden Verbindung zwischen Glauben und Politik“ zu fördern. Dazu müssten die Erziehungsbemühungen ebenso verstärkt werden wie die öffentlichen Stellungnahmen der Kirche zu Fragen der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und des Lebens der Kirche in der Gesellschaft.

### Befragung der Bewerber

Bei der Darstellung der konkreten Problemkreise haben die Bischöfe in der Mehrzahl auf frühere Erklärungen zurückgegriffen. Mit der neuen Zusammenstellung machten sie jedoch deutlich, daß die Frage der Abtreibung nur ein Thema unter vielen ist. Noch nach Verabschiedung ihres Pastoral-Plans für Pro-Leben-Aktivitäten im November vorigen Jahres (vgl. HK, Januar 1976, 55) hatte man den Bischöfen vorgeworfen, sie mischten sich damit ungerechtfertigterweise in die Politik ein und betrieben die Gründung einer katholischen politischen Partei bzw. orientierten sich zunehmend einseitig, nämlich an Abtreibungsproblemen, bzw. seien darauf fixiert (NCNS, 20.2.76). Diesen Kritikern ist mit dem neuen Dokument weitgehend der Wind aus den Segeln genommen, da das politische Engagement in seiner ganzen Breite begründet und eingeordnet wird. In einem vom NCNS (20.2.76) verbreiteten Kommentar von *Jim Castelli* wurde die Überzeugung geäußert, daß die Erklärung über die politische Verantwortung „den Beginn der Bemühungen darstellen könnte, kirchliche politische Betätigung annehmbarer und verständlicher zu machen sowie auf breiterer Grundlage und schließlich folgerichtiger zu präsentieren“. Ähnlich war das allgemeine Echo. Positiv wurde immer wieder hervorgehoben, daß sich die Bischöfe nicht mit direkten Wahlempfehlungen an die Gläubigen wenden, sondern sie überhaupt

zur Wahlbeteiligung und zum politischen Engagement ermuntern.

Die Bemühungen der Bischöfe, wegzukommen von der alleinigen Ausrichtung auf die Abtreibungsfrage, wurden ebenfalls anerkannt. Bereits im Januar hatte eine interkonfessionelle Gruppe die Präsidentschaftskandidaten zu einer umfangreichen Befragung eingeladen. Dabei wurden sie mit einem ganzen Katalog von Fragen konfrontiert. Zwar sagten die führenden Bewerber „aus Termingründen“ kurzfristig ihre Teilnahme wieder ab, doch äußerten sie sich teilweise wenigstens schriftlich. Die Ergebnisse dieses Hearings waren insofern enttäuschend, als die Kandidaten nicht gemeinsam im Rahmen einer Podiumsdiskussion oder Publikumsbefragung Stellung bezogen, sondern in Form von Referaten. Dabei lagen die Schwerpunkte auf sehr unterschiedlichen Gebieten, so daß ein Vergleich nur schwer möglich ist. Auffallend war jedoch, daß keiner der Kandidaten sich auf eine irgendwie fixierte „christliche Politik“ festlegen ließ. Die meisten meinten, Religion dürfe in der Politik überhaupt keine Rolle spielen. Dies sollte aber nicht als ein Ausbooten der Religion und ihrer Grundlagen angesehen werden. Im Grunde ging es dabei wohl um das Anliegen, jenes oft schon als Ärgernis empfundene „christliche Showbusiness“ im Weißen Haus zu beenden, das sich in Form eines „christlichen Gebetsfrühstücks“, der Zitation von Bibelstellen und anderen traditionellen amerikanischen Verknüpfungen von Religion und Politik herausgebildet hat.

In konkreten Fällen dagegen bezogen die Kandidaten durchaus Stellung. Das ansonsten so hochgespielte Thema der Abtreibung spielte dabei nicht die überragende Rolle, wie man erwartet hatte. Vielmehr entzündeten sich die Debatten an Fragen der Wirtschaftsordnung, der außenpolitischen Neubestimmung und den Fragen der Arbeitslosigkeit, des Hungers, der Amnestie für Kriegsdienstgegner im Vietnamkrieg und einer neuen Glaubwürdigkeit der amerikanischen Politik. Anscheinend sind die Impulse, die von

diesem und ähnlichen kirchlicherseits einberufenen Treffen ausgehen, in der breiten Bevölkerung nicht sehr groß.

### Abtreibung dennoch bestimmendes Thema

In der breiten Öffentlichkeit ist dies freilich anders. Dort ist trotzdem die Abtreibung Thema Nr. 1. Die „Washington Post“ (11. 2. 76) meinte, diese Entwicklung habe sich völlig überraschend angebahnt. Vor drei Jahren noch hätte so etwas „wie ein Kabarettwitz“ gewirkt, jetzt jedoch müsse man sich dieser Realität stellen. Der Vorgang läßt sich erst verstehen, wenn man die Aktivitäten der landesweiten Pro-Leben-Bewegung berücksichtigt, die gezielt jeden Bewerber nur auf seine spezielle Einstellung zu dieser Problematik hin unter die Lupe nimmt. Die Bewegung ist bestens organisiert und vorbereitet. Seit dem Urteil des Obersten US-Gerichts vom Januar 1973, das die fast völlige Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs enthielt, gibt es diese Aktion. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, mit Hilfe eines Verfassungszusatzes indirekt das Urteil aufzuheben. Die katholische Kirche war lange Zeit der Hauptinitiator der Bewegung, hat sich inzwischen aber sehr geschickt von der tonangebenden Rolle zurückgezogen, um den Wirkungskreis größer und das Auftreten überzeugender zu gestalten. Dennoch ist bis jetzt das Unternehmen in den Augen der meisten Amerikaner eine katholische Angelegenheit.

Immerhin kann es sich heute kein Präsidentschaftsbewerber mehr leisten, ein offenes Bekenntnis seiner Einstellung zu dieser Frage abzulehnen. Auch Präsident *Gerald Ford* mußte sich festlegen. Er tat dies, indem er zwar zugab, seiner Meinung nach sei das Oberste Gericht zu weit gegangen, gleichzeitig aber die Verantwortung für eine Änderung ablehnte, da dies Sache der Bundesstaaten sei (NCNS, 9.2.76). Damit erntete er zwar heftige Kritik seitens der katholischen Bischöfe, die diese Stellungnahme als Ausflucht und zweideutig betrachteten, aber im Grunde brachte er nur

zum Ausdruck, wie wenig ein Präsident in dieser Frage wirklich tun kann.

Etwas prekär wurde die ganze Angelegenheit für die Bischöfe, als die Katholikin *Ellen McCormack* in den Wahlkampf als Kandidatin mit dem einzigen Ziel einstieg, die Liberalisierung der Abtreibung wieder zu revidieren. Den Katholiken wurde von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, sie unterstützten eindeutig die Kampagne dieser Frau und strafte ihre Beteuerung, sie wollten keinen religiösen Stimmblock propagieren, Lügen. Von seiten der Bischöfe kam sehr schnell ein Dementi, doch machte die konservative Gruppierung um die Zeitschrift „*The Wanderer*“ es ihnen schwer, da sie fast zur gleichen Zeit von den Katholiken als dem „schlag-

kräftigsten politischen Block in den USA“ (vgl. NCNS, 30.3.76) sprach, der sich besonders in der Abtreibungsfrage seiner Macht bewußt sein sollte. Dies hat zu innerkirchlichen Disputen geführt, die noch nicht beendet sind. Von Gegnern eines massiven Auftretens der Kirche in diesem Teilbereich des politischen Engagements wird besonders auf die Gefahr hingewiesen, daß eine „kirchentreu“ Haltung eines Kandidaten in der Abtreibungsfrage noch keine Garantie dafür sei, daß sich derselbe Kandidat ebenso in Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des Schulwesens usw. für kirchliche Belange einsetze.

Der bisher einzige katholische Bewerber in der demokratischen Partei, *Sargent Shriver*, hat mittlerweile das Rennen aufgegeben. Er hatte sich bei

vielen Katholiken dadurch unbeliebt gemacht, daß er statt eines Verfassungszusatzes Alternativmaßnahmen zur Abtreibung befürwortete. Inzwischen ist aber ein weiterer Katholik in den Wettkampf eingestiegen. Der kalifornische Gouverneur *Edmund G. Brown* macht sich Hoffnung, mit Kalifornien als Rückhalt im letzten Moment noch Erfolg zu haben (vgl. *The Tablet*, 3. 4. 76). Wegen seiner Beliebtheit und seines Könnens wird der 37jährige nicht nur von Katholiken immer stärker gefördert. Für den katholischen Wähler ist allerdings heute längst nicht mehr wie zu Kennedys Zeiten die Konfession des Bewerbers ausschlaggebend. Zu sehr ist das Bild des Katholiken Kennedy in der letzten Zeit durch Enthüllungen und Gerüchte getrübt. N. S.

## Gesellschaftliche Entwicklungen

### Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt

#### Zum Thema Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

*Das Thema Jugendarbeitslosigkeit liefert mehr und mehr Gesprächsstoff nicht nur in der Presse, sondern für die Tarifpartner und die politischen Parteien und natürlich noch mehr für die unmittelbar betroffenen Eltern und Jugendlichen. Es ist zu erwarten, daß es auch im Bundestagswahlkampf 1976 eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt. Hans Hofbauer von der Bundesanstalt für Arbeit resümiert und verdeutlicht hier die Grunddaten des Themas. Obwohl die Jugendarbeitslosigkeit ein internationales Problem ist, war schon der größeren Klarheit wegen eine Beschränkung auf die Entwicklung in der Bundesrepublik notwendig.*

#### I. Die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen

1. Bei der Diskussion über die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen ist im Verlauf des letzten Jahres die Gruppe der jugendlichen Arbeitslosen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Im Vergleich zu den Verhältnissen während der Rezession der Jahre 1966/67 ist seit 1973 der Anteil der Jugendlichen unter den Arbeitslosen

wesentlich höher: Ende September 1967 waren 19 200 oder 5,6% aller Arbeitslosen unter 20 Jahre alt, Ende September 1975 waren 115 800 Arbeitslose im Alter bis unter 20 Jahre gemeldet, und diese machten 11,5% aller Arbeitslosen aus. Angesichts dieser Entwicklung wird mit Recht auf die besonderen Gefahren hingewiesen, die damit verbunden sind, daß eine relativ große Zahl Jugendlicher keinen Arbeitsplatz findet. Arbeitslosigkeit ist für Personen jeden Alters häufig ein schwer zu verarbeitendes Erlebnis. Bei Jugendlichen ist jedoch die Gefahr besonders groß, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit bleibende Schäden verursacht.

2. Um die hier dargestellten Ergebnisse über Zahl und Zusammenhang der jugendlichen Arbeitslosen richtig interpretieren zu können, ist es notwendig, zunächst zu erläutern, welcher Personenkreis in der amtlichen Statistik der Bundesanstalt für Arbeit zu den jugendlichen Arbeitslosen gezählt wird.

##### a. Der Begriff „Arbeitslose“

Arbeitsloser im Sinne der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit ist, wer sich bei einem Arbeitsamt meldet, um in